

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einchl. Postbefreiungsb. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 31. Dezember 1921

Anzeigepreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesanzeigen 1 Mk. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamen zu anderen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 150

## AN UNSRE MITGLIEDER!

**G**leich seinem Vorgänger ist das eben ablaufende Jahr an Ereignissen, Mühen und Sorgen überreich gewesen. Was wie beim vorigen Jahreswechsel vorauslag, ist vollinhaltlich eingetroffen: Schwierigkeiten über Schwierigkeiten galt es zu überwinden, und mehr als einmal war der Frieden im Gewerbe in Frage gestellt. Die unerhörte Verteuerung der gesamten Lebenshaltung machte es der Organisationsleitung und der Gehilfenvertretung zur Pflicht, immer und immer wieder in Verhandlungen mit der Prinzipalität einzutreten, um durch neue Lohnerhöhungen einen Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen im Arbeiterhaushalt herbeizuführen und die Lage der Kollegenschaft nach Möglichkeit zu erleichtern und zu verbessern. In keiner Verhandlung konnte das in dem Maße erreicht werden, wie es die berechtigten Ansprüche der Kollegenschaft erheischt hätten, und mehr als einmal stand, wie schon erwähnt, wegen zu geringer Zugeständnisse von Prinzipalsseite die Entscheidung über Krieg und Frieden auf des Messers Schneide. Zu wiederholten Malen hat das Reichsarbeitsministerium in unsre Tarifverhandlungen eingegriffen und dann einen Spruch gefällt, der weder auf Arbeitgeber- noch auf Arbeitnehmerseite Befriedigung auslöste. Wenn trotz dieser Sachlage die Gehilfenleitung das auf dem Verhandlungswege Erreichte der Kollegenschaft zur Annahme empfahl, so geschah dies aus der Überzeugung heraus, daß damit den Interessen sowohl des einzelnen als der Gesamtheit in diesen kritischen Zeitläuften am besten gedient sei. Auch im neuen Jahre wird es an Arbeit, Sorgen und Widerständen aller Art nicht fehlen. Ein Blick auf die wirtschaftliche Lage unsres Vaterlandes lehrt uns das zur Genüge. Trotzdem sind wir der Überzeugung, daß es bei gegenseitigem Vertrauen und Zusammenhalten innerhalb der Organisation gelingen wird, den Nöten der Zeit zu begegnen und den Wünschen der Kollegenschaft nach Verbesserung ihrer Lebenshaltung auch weiterhin möglichst Erfüllung zu verschaffen. Im neuen Jahre wird die XI. ordentliche Generalversammlung unsres Verbandes in Leipzig tagen. Was auf organisatorischem Gebiete sich bisher schon als unabwendbare Notwendigkeit erwies, wurde nach Möglichkeit zu vertretlichen Gefuch, wenn es auch nur Notstandsmaßnahmen sein konnten. Der Verbandsgeneralversammlung wird es vorbehalten sein müssen, das vorläufig Beschlossene in sachungsgemäße Formen zu bringen und die schon jetzt lautgewordenen Wünsche wie die noch kommenden Anträge gewissenhaft zu prüfen und unsre Organisations- samt Unterstützungseinrichtungen den Erfordernissen der neuen Zeit anzupassen. Die Erfüllung all der großen wie kleinen Aufgaben wird um so sicherer und leichter gelingen, wenn alle Mitglieder dem Verbandsvorstande nach besten Kräften ihre Unterstützung leihen und den alten Wahrspruch beachten: In der Einigkeit liegt unsre Stärke! In diesem Sinne entbieten wir der Gesamtkollegenschaft die herzlichsten Glückwünsche zum neuen Jahre, von dem wir hoffen wollen, daß es trotz der trüben Weltlage besser als sein Vorgänger sein möge.

Berlin, den 31. Dezember 1921

Der Verbandsvorstand

## Bekanntmachung

Von den Firmen Ostpreußens, die mit Bekanntmachung vom 17. Dezember vom Tarifamt als ausgeschlossen aus der Tarifgemeinschaft verifiziert wurden, haben inzwischen die nachstehenden Firmen ihre Austrittserklärung zurückgezogen: Deutsch-Eylau: Elner, Otto (D. W. W. Nachl.); Goldap: Knoll, Robert („Goldaper Tageblatt“); Hendebrung: Elebert, Gebrüder, Sekunna, Artur; Insterburg: Czibulinski Nachl. (Reb & Zsch), „Ostpreußisches Tageblatt“ (vorm. A. Quandel); Tilsit: Buchdruckerei „Lituania“, Buchdruckerei Pawlowski, Fülleborn, Otto, Mauderode, Otto v., Repländer, J., & Sohn, Schönte, Julius.

Für diese Firmen sind deshalb auch die mit der Bekanntmachung vom 17. Dezember verbundenen tariflichen Maßnahmen gegenstandslos geworden.

Berlin, 28. Dezember 1921.

### Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Rudolf Altwein, Robert Braun, Prinzipalsvorsitzender, Gehilfenvorsitzender, Paul Schliebs, Geschäftsführer.

## Die Tarifgemeinschaft seit 1896

Am 5. November 1921 („Korr.“ Nr. 129) erschien eine Abhandlung „Entstehen und Werden der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe“, die mit Ausnahme einiger Übersetzungen die die Tarifgemeinschaft (1873—1892) zum Gegenstand einer geschichtlichen und prinzipiellen Entwicklungsdarstellung machte. Die letztere Seite trat allerdings zurück, weil es in einem einzigen Artikel ausgelassen ist, alle Zusammenhänge näher zu berühren. Der damaligen Anteilnahme, die neue Tarifgemeinschaft von 1896 an ebenfalls in dieser Weise zu beleuchten, kann jetzt erst nachgeholt werden.

Beide Parteien im Gewerbe hatten nach dem Neunhundertkampfe 1891/92 das Bedürfnis, wieder in ein Verhältnis zueinander zu kommen, das die gewerblichen Zustände nicht noch mehr dem Abgrunde zuführe. Allein war die Gehilfenchaft, die unter mehr oder weniger selbstherrlicher Lohnwirtschaft der Prinzipalität litt, mehr noch unter der bis zur Unertüchlichkeit ausgearteten Beherrschung der Prinzipalität, dazu nicht imstande, wie auch die Prinzipalität nicht allein gegen die alles ruinierende Schmutzkonzurrenz etwas auszurichten vermochte. Es konnte wohl in der Gehilfenchaft ein Zwiespalt entstehen über die Zweckmäßigkeit der Wiederaufnahme der Tarifgemeinschaft, aber nur aus der Besürchtung heraus, daß die Prinzipalität wie unter der alten Tarifgemeinschaft wieder die ganze Durchführung den Gehilfen überlassen würde. Die Prinzipalität dagegen mußte sich von vornherein sagen, daß es nach ihrer alten Methode nicht weitergehen könnte.

Der „Korr.“-Redakteur Artur Galsch wirkte gemäß der Breslauer Generalversammlung 1895 und dann der das Signal gebenden Böhm.-Versammlung am 21. Februar 1896 in Leipzig tatkräftig für die Wiederanknüpfung der gegenseitigen Beziehungen. Am 25. Februar verließ er sich sogar zu dem Satz im „Korr.“: „Der jetzige Vorstoß kann nur darauf berechnet sein, daß Prinzipale und Gehilfen im Jahre 1896 ihr Serz wieder entdecken und sich die Hand zu ehrlicher und haltbarer Verständigung reichen. Durch Nacht zum Licht!“ Das klang für kritische Ohren allerdings harmlosdumm. Daß Galsch sich dann zum Wortführer der Opposition im „Korr.“ aufwarf und es sogar fertigbrachte, die Kollegen Rheinland-Westfalens aufzufordern, nichts zur Durchführung des allgemeinen Tarifs wie zur Abwehr des von den dortigen Prinzipalen geplanten Sondertarifs zu unternehmen, führte auf der außerordentlichen Generalversammlung in Halle a. d. S. (Mitte Juli 1896) zur einstimmigen Ablehnung von Galsch (eine Stimmenhaltung). Das neue Tarifverhältnis wurde mit Zweidrittelmehrheit gutgeheißen. Die Opposition gründete dann die kleine Sonderorganisation

„Buchdruckerwerkstatt“ und in der „Buchdruckerwacht“ ein Sonderorgan. Der radikalere Flügel der Sozialdemokratie und die ebenso gerichteten Parteilorgane machten in jeder Weise gegen die Tarifgemeinschaft, den Verband und den „Korr.“ mobil. Die Leipziger Buchdrucker mußten 1897 aus dem Gewerkschaftskartell austreten, weil eine Tarifgemeinschaft „die Interessen und Weiterentwicklung der Organisationen der Arbeiter schädigt“ und die Buchdrucker deswegen „als nicht auf dem Standpunkte der modernen Arbeiterbewegung stehend“, zu betrachten seien. Der dritte Gewerkschaftskongreß (Frankfurt a. M. 1899) nahm hingegen nach Anhörung eines Referenten und eines Korreferenten der Buchdrucker einstimmig eine Resolution für die Tarifgemeinschaft an, weil diese „als Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seltens der Unternehmer bei Festlegung der Arbeitsbedingungen zu erachten“ wären. In jener Zeit kämpfte man also um die Tarifgemeinschaft in der Arbeiterbewegung wie in den letzten Jahren um die Entscheidung „Amsterdam oder Moskau“.

Andererseits ist zu sagen, daß die Industriellen die Tarifverträge scharf bekämpften und unlen Prinzipale oft genug bedeuteten, daß sie mit der Tarifgemeinschaft gegen die Unternehmerinteressen verstoßen. Wir leben von einzelnen Ausführungen für die letztere Behauptung ab und beschränken uns auf die Wiedergabe eines „Werturteils“ des Zentralverbandes deutscher Industrieller vom Mai 1905: „Der Zentralverband deutscher Industrieller betrachtet den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer geistlichen Fortentwicklung überaus gefährlich. Die Tarifverträge nehmen eben sowohl dem einzelnen Arbeitgeber die für die sachgemäße Fortführung jedes Unternehmens notwendige Freiheit der Entschliebung über die Verwendung seiner Arbeiter und die Lohnfestlegung, als wie sie auch den einzelnen Arbeiter unvermeidbar unter die Herrschaft der Arbeiterorganisation bringen.

Die Tarifverträge sind nach der Überzeugung des Zentralverbandes, wie auch durch die Erfahrungen in England und Amerika voll bestätigt, ichere Hindernisse der technischen und organisatorischen Fortschritte der deutschen Industrie.“ So oder ähnlich war die Meinung in fast allen Unternehmergruppen. Die Unternehmer im Buchgewerbe waren neben denen im Buchdruckgewerbe die einzigen, die die Dinge anders sahen. Die Großindustrie betraute im Jahre 1906 einen ihrer fähigsten Sachkennner, den verstorbenen Dr. Alexander Lillie, mit der Mission, im Buchdruckgewerbe durch eine Sonderorganisation die Fühne der Tarifgegnerschaft aufzuspannen. Das geschah durch Gründung des Arbeitgeberverbandes für das Buchdruckgewerbe, der unter Führung von Lillie, Pastor Jillessen und Reismann-Grone und in Gemeinschaft mit dem damals noch lebenden alten Tarifs- und Organisationsleiter Hermann Blanke („Deutsche Buchdruckerzeitung“) sich kräftig anstrebte, die Tarifgemeinschaft auf Gasse zu bringen. Im Frühjahr 1911 trat die erstmalige Weimarer Gruppe hinzu, die die Streitfrage „Provinz oder Großstadt“ ins Rollen brachte.

Die tatsächliche Entwicklung der Tarifgemeinschaft von 1896 an hat den Verhältnissen in der Gehilfenschaft nicht recht gegeben. Es ging trotz aller Widerstände auf voran; sicherlich viel besser als von 1873 bis 1891. Daß Berlin fogleich zum Sitz gewählt wurde, hat sich durchaus bewährt. Die alte Tarifgemeinschaft mit ihrem Sitz in Leipzig war dessen Mitte angepaßt. Der Deutsche Buchdruckerverein durfte nicht wieder so großen Einfluß ausüben können. Die Schaffung des Tarifamts als einer faktisch eingreifenden, alle Stufen zusammenfassenden und von einem so rührigen, jedem Widerstreit gegenüber gefähigsten Manne wie unterm Kollegen Paul Schalles geleiteten Zentralstelle war der neuen Tarifgemeinschaft der beste Wegbereiter. Vor dem wurden die notwendigen Sachen nebenamtlich erledigt; die Tarifrevisionen waren die eigentlichen Befähigungsgelegenheiten. Der Tarifauschub zog als gewerblicher Arbeitgeber seinen Aufgabenkreis viel weiter. Das von dem Prinzipalsführer Geheimrat Bürgelmann gegebene Beispiel fähigster und sachbeherrschender Arbeit für die Tarifgemeinschaft — später trug er Anfeindungen aus dem Streife seiner Mandatgeber Rechnung und kam auf dem unangenehmen Platz zwischen den bekannten zwei Stühlen zu sitzen — trug zur regen Mitarbeit der Prinzipalsunktionäre und der Prinzipalität auf dem tariflichen Gebiete viel bei. Es kam also ein ganz anderer Zug in die Tarifgemeinschaft. Ein Gebietsbeschluss war es jedoch mit der Möglichkeit einer Eingliederung des Tarifamts von Jahr zu Jahr, um dieses etwaigen lokalen Einflüssen zu entziehen. Das ist nur einmal geschehen. Vom 1. Juli 1898 bis dahin 1899 bildete München den Sitz der Tarifgemeinschaft; unter jetziger Verbandsvorsitzender war in dieser Zeit Gehilfenvorsitzender. Rein praktische Bedenken gegen das Experiment des Umherlebens der tariflichen Zentralstelle sprachen gegen seine Wiederholung. Es ging wieder zurück nach Berlin. Eine besondere Tätigkeit entfaltete das Tarifamt, indem es nach und nach die Behörden für die Vergabe der amtlichen Druckerellen nur an Tariffirmen gewann.

Die Ausbreitung der Tarifgemeinschaft vor 1896 haben wir in Nr. 129 nur an wenigen Zahlen zeigen können. Hier muß, um einen Ausgangspunkt zu haben, das Jahr 1891 genommen werden, in dem 1050 Tariffirmen von 5400 vorhandenen Druckerellen in Deutschland angegeben wurden; etwas über 19 Proz. aller Firmen hielten also den Tarif anerkannt gebabt. Unter der neuen Tarifgemeinschaft hat es regelmäßige und sichere Ausweitung gegeben, weil das Tarifamt auch die Statistik methodisch pflegt.

Vom 1. Juli 1896 ab und dann jeweils an einem bestimmten Tage des Jahres wurden gezählt:

Jahr	Tarif-firmen	in Proz. aller Druckerellen	Tariffreie Gehilfen	Tarif-orte	in Proz. aller Druckerorte
1896	1229	19,2	15748	333	—
1898	2030	29,7	22468	647	—
1902	3464	45,1	36527	1043	49,3
1904	4559	55,4	41483	1382	63,9
1907	6254	70,5	54553	1803	79,0
1908	6611	73,4	57211	1942	83,9
1911	7659	81,5	63062	2158	88,4
1912	8051	83,4	64552	2242	88,8
1913	8164	83,7	66886	2274	88,5
1914	8431	85,2	69125	2317	89,2
1921	8705	90,0	69853	2249	89,0

Am die Gesamtzahl der Druckerellen in Vergleich zu den Tariffirmen stellen zu können, müßte das Druckerellenbuch von Lillie benutzt werden, das zwar mit der Zahl der reinen Buchdruckerellen sowie der Buch- und Steinbruckerellen (also der gemischten Betriebe). Dieses Verzeichnis erscheint jedoch nicht jedes Jahr, deshalb sind einige Jahre überprüfungen. Der große Sprung von 1914 bis 1921 ist aber auf die Unterbrechung in der Herausgabe des Verzeichnisses der tarifnerkennenden Firmen infolge des Krieges und seiner Umwälzungen zurückzuführen. Die Tarifgemeinschaft hat dadurch ja auch Gebietsverluste. Die präsidentielle Berechnung der Tariforte erfolgte nach der Gesamtzahl der Druckerorte aus den Jahresberichten der Buchdruckerergewerkschaften, die mit diesen Ausweisen 1902 begonnen hat. Die tariflich-wirtschaftlichen Druckerellen sind in ihrer großen Mehrheit erst im Jahre 1902 zur Tarifgemeinschaft gekommen; sie traten eigentlich schon seit 1884 Sondertarife.

Im Gegenfaze zu der vom Zentralverband deutscher Industrieführer 1905 vertretenen Ansicht über die den Gewerben aus den Tarifverträgen entstehenden Hemmnungen

in der Entwicklung hat das Buchdruckgewerbe unter der Tarifgemeinschaft einen starken Aufschwung genommen; nicht am wenigsten aus dadurch, weil der Tarif nicht mehr bloß auf dem Papiere stand, wie es bis 1891 nur zu häufig der Fall war. Was sich jetzt noch außerhalb befindet, ist weniger als Zwergbetrieb. Ebenso spricht diese äußerst günstige Entwicklung auch gegen die vom Leipziger Gewerkschaftskartell 1897 verfochtene Meinung, daß die Tarifgemeinschaft die Weltentwicklung der Organisationen der Arbeiter schädige. Von 21866 Mitgliedern bei Beginn der neuen Tarifgemeinschaft ist unter Verband bis Ende Dezember 1921 auf über 75000 Mitglieder gestiegen, was vielleicht einem Organisationsverhältnis von 91 Proz. entspricht. Die Nebenorganisationen auf Gehilfenstelle (Gutenbergsbund und Allgemeine Unterstützungskasse) haben gar nicht eine Entwicklungsmöglichkeit nehmen können, wie es bei Fortbestehen der letzten ja tariflosen Zeit von 1892 bis 1896 gekommen wäre; sie stehen mit ihren kaum 5000 Mitgliedern zur Tarifgemeinschaft.

Die Lohnentwicklung seit 1896 zeigt im gewissen Maß ein lokalzulagsloses Minimum für die Gehilfen über 24 Jahre (80—85 Proz. aller):

ab	bis	ab	bis
1. Juli 1896	21,—	15. März 1920	136,50
1. Januar 1902	22,—	1. April 1920	139—151,50
1. Januar 1907	25,50	31. Mai 1920	161,50
1. Januar 1912	27,50	5. Juli 1920	169,50
1. April 1916	29,83	1. November 1920	189,50
1. Oktober 1916	30,40	18. Februar 1921	200,30
1. Mai 1917	35,—	18. März 1921	210,30
26. November 1917	42,50	15. April 1921	220,30
31. August 1918	52,50	18. August 1921	237,30
1. Dezember 1918	55,50	1. September 1921	254,30
1. Januar 1919	65,50	1. Oktober 1921	275,—
5. Mai 1919	80,50	1. November 1921	300,—
1. Oktober 1919	86,50	1. Dezember 1921	380,—
15. Dezember 1919	106,50	19. Dezember 1921	415,—
1. Januar 1920	116,50		

Die ungeraden Zahlen erklären sich aus der Umrechnung der von April 1916 bis Mai 1917 monatlich gezahlten Feuerungszulagen. Im April 1920 wurde die eine Rate infolge der durch den Kapp-Putsch verzögerten Auszahlung auf vier Wochen umgelegt. Die eingekammerten Daten belegen, daß der Tarifauschub in diesen Fällen ratenweise Einführung der Lohnverbesserung beschloß. Die von Februar bis Oktober 1921 gezahlten monatlichen und dann auf Gehilfenanteile abgetheilten Wirtschaftsbeträge sind in entsprechende Lohnverbesserungen an den dritten Gehilfen im Monat umgerechnet worden. Es ist noch zu bemerken, daß 1896 und später für Orte unter 6000 Einwohner das Minimum auf Antrag um 3 Mk. ermäßigt werden konnte.

Diese Aufstellung, der das Minimum von 20,50 Mk. (1890—1896) voranzulehen ist, gibt nur an, was für die kleinsten Druckerorte, die keinen Lokalzulag haben, als Mindestzahlung gilt, also das tarifliche Grundminimum. Vom April 1916 an kam infolge der Kriegsverhältnisse die Feuerungszulagenpolitik in Aufnahme, die erst unter größter Anstrengung der Gehilfenschaft in den letzten zwei Jahren in ein flotteres Tempo gebracht werden konnte. Seit dem Frühjahr 1919 entstanden aus diesem Grunde fast jedesmal örtliche Kämpfe. Im Januar 1919, im März 1920, im Juli 1921 und im September 1921 stand der Ausbruch eines zentralen Kampfes bevor wegen unbegreiflicher Verknüpfung der Verhältnisse, was namentlich auf die Provinzprinzipalität zurückzuführen ist. Siebenmal seit Dezember 1918 hat die behördliche Zentralstellenstelle vermittelnd eingreifen müssen. Die Prinzipalität hat durch solches Verhalten wieder manche Gehilfenkreise in Opposition zur Tarifgemeinschaft gebracht. Der im November 1918 auf Betreiben des Tarifamts geschlossene und bis zum 1. April 1919 bestandene, von der Prinzipalitätsleitung nur ungenügend gelebte Buchdrucker (kleiner Tarifauschub) hatte da besser gearbeitet. Der Tarifauschub selbst hat durch die im Februar 1919 beschlossene Entschädigung für Kurzarbeit, zunächst bis 33 1/3 Proz. gebend, die nach einem Übergangsstadium Ende Juni 1921 aufhörte, eine unsre Tarifgemeinschaft vor anderen tariflichen Vereinbarungen auszeichnende materielle Bestimmung geschaffen.

Die Lokalzulagsätze bilden einen ganz wesentlichen Regulator für die wirkliche Lohnbemessung. Von 1890 her waren 83 Druckerorte mit Lokalzulagsätzen vorhanden. Die neue Tarifgemeinschaftsperiode fing mit 86 an, 1902 waren es 182, 1907: 318, 1912 erfolgte die Anlehnung an die amtliche Dreiklasseneinteilung und Vermeerung der Lokalzulagsätze auf 559, 1917: 595, 1919: 1026, 1921: 1480. Im Jahre 1896 gab es zehn Stätten (20 Proz. erhaltener nicht); 1921 sind es neun, aber Berlin und Hamburg noch hervorgehoben. Die eingetretene Abberufungen fallen jetzt in das Gewicht. Im Jahre 1896 machte der höchste Lokalzulag (Berlin und Hamburg mit 25 Proz.) 5,25 Mk. mehr als das Grundminimum aus, Ende 1921 sind es 15 Druckerorte (ohne die vorgelagerten) mit 25 Proz. und der Unterschied beträgt 135 Mk., bei Berlin bis 173 Mk. gehend.

Eine ähnliche Rolle spielen die Besatzungs- oder Industriegelbetsonderzulagen, für die hauptsächlich Rheinlands-Westfalen in Betracht kommt, von wo sie im April 1920 ausgingen. Sie fingen damals mit 9,36 Mk. in den niedrigsten und 24 Mk. in den höchsten Lokalzulagsklassen an und stehen gegenwärtig auf 25 Mk. in einigen weniger verteuerten Stätten, um mit 80 Mk. bei Aßen

aufzubrechen. Im Saargebiete werden in Anbetracht der abnormen Verhältnisse höhere Sonderzulagen gezahlt.

Die Überstunden-, Nacht- und Feiertagsbezahlung usw. wurde 1896 auf Höhe von 15 bis 85 Pf. für die Stunde festgelegt, jetzt beginnen die Zuschläge mit 25 Proz. und geben bis 100 Proz.

Mit der Arbeitszeit wenden wir uns nun der ideellen und prinzipiellen Bedeutung der Tarifgemeinschaft zu. Sie wurde 1896 um eine halbe Stunde herabgeleitet, betrug damit neun Stunden effektiv und bei durchgehender Gehilfenschaft eine Viertelstunde weniger. In Städten unter 20000 Einwohnern konnte jedoch antragsgemäß die bisherige Arbeitszeit bis auf weiteres bestehen bleiben. Die Herr Bürgelmann für die Drucker war ein Gebilfener, der 1902 wieder befeitigt wurde. 1907 trat eine Verkürzung der Arbeitszeit an den Sonnabenden oder Sabbaten um eine halbe Stunde, und 1912 wieder eine solche ein. Im November 1918 wurde dann der Achtstundentag durchgehend eingeführt.

Die Einführung von Ferien, allerdings erst durch Schlichtespruch im Mai 1919, gehört zu den größeren Erfolgen, denn mit der tariflichen Dauer bis zu 15 Tagen sind die Buchdrucker nur noch von einigen Arbeitergruppen überholt. Es wurden schon die hartnäckigsten Vorhänge von Prinzipalseite zu Verschlechterungen unternommen.

Auf dem Verbringungsgebiete brachte das Frühjahr 1920 auch einen schönen Erfolg, indem nach langer Vorarbeit die Lehrlingsordnung mit Kostgeldregelung geschaffen wurde. Obwohl hieran namhafte und lachunfähige Prinzipale mitgewirkt hatten, begannen die „Kleinen“ sofort einen Sturm auf gegen die Lehrlingsordnung und machten alle Handwerkskorporationen mobil. Die Behörden griffen daraufhin auch ein; einige Bestimmungen der Gewerbeordnung sollen überschritten sein. Der Kampf geht weiter; er ist in seinem Ursprunge direkt widerlich. Hebung des Gewerbes, Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses, schlechte Bezahlung für denselben, Lehrlingswirtschaft und Bekämpfung der Lehrlingsordnung, das ist ganz unvereinbar.

Mit der technischen Fortschritt zugleich auch der Arbeiterkraft gelenkt werden kann, ist mit dem im Oktober 1899 auf Drängen der Gehilfen geschaffenen (der verstorbenen Gehilfenvertreter Karl Anie war am aktiosten) Schmalmaschinenkartell gut gezeigt worden. Die Prinzipalität ging mit aus der Befürchtung, von der Schmalmaschine überannt zu werden. Die Maschinenleher waren die ersten, die so zum Achtstundentage kamen. Der Lohnauschlag von 25 Proz. hat im April von 1921 einer Funktionszulage von 23, 25 und 27 Mk. Platz gemacht, bei den Verhandlungen vom November 1921 erhielten die im gewissen Maße lebenden darauf Zulage von 7, 10 und 13 Mk. Was 1899 für die Maschinenleher getan wurde, lag tatsächlich im Interesse aller; es wäre ohne die Tarifgemeinschaft gar nicht möglich gewesen.

Die übrigen Sparten haben auch alles versucht, Spezialbestimmungen für ihre Tätigkeit im April zu erhalten. Den Druckern gelang es zwar, diese oder jene Bestimmung eher, hineinzubekommen; 1907 aber wurde dann die Maschinenbedienung erstmalig geregelt. Die Stereotypen- und Galvanoplastiker kamen 1907 auch dazu, die Korrektoren erst 1921 und vorderhand nur unvollständig. Die Hilfsarbeiter wurden endlich 1921 in die Tarifgemeinschaft aufgenommen, was heute noch von Prinzipalseite zum Teil stark bekämpft wird. Dieser kleine Absatz deutet so viel Interesse von Gehilfenseite für die Tarifgemeinschaft an, daß man bei reiflichem Überlegen zu ganz anderen Schlüssen kommen muß, als oftmals in Versammlungen zu hören.

Das Arbeitsnachweiswesen auf paritätischer Grundlage ist ein 1902 begonnener Fortschritt; die früheren Prinzipal-arbeitsnachweise (namentlich der Leipziger) waren nichts als Nachregelungsbüreaus. Jetzt bestehen 64 Arbeitsnachweise. Die tarifliche Rechtsprechung begann 1897 mit 9 Schlichtsgerichten, jetzt sind es 61. Sie hat sich gut bewährt. Das Tarifamt als letzte Instanz genießt auf beiden Seiten Ansehen. Es könnte noch sehr viel angeführt werden, wie die ideellen Einrichtungen einzeln geschaffen und sich durchgesetzt haben. Wir wollen nur den Vertrauensmännereinsatz hervorheben, für den mit 1912 klare und weise Bestimmungen in Kraft traten. Die Geschäftsberichte und die Statistiken des Tarifamts sind in ihrer allgemeinen Bedeutung auch noch zu erwähnen.

So ist die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker in den 25 Jahren seit 1896 geworden! Material hat sie gar manches Mal unbefriedigend gearbeitet. Unser Gewerbe mit seinen rund 50 Proz. Kleinbetrieben (bis zu 5 beschäftigten Personen) und seinen nur 3,5 Proz. Großbetrieben (über 100, 200 und 300) bietet ja schon aus seiner Zusammenlegung heraus Hindernisse wie selten ein andres. Aber die Gehilfen können auf diesen nur nach der Zahl der Betriebe dominierenden Charakter keine Rücksicht nehmen, sondern wollen, daß bloß rund 10 Proz. der Gehilfen in den 50 Proz. Kleinbetrieben arbeiten. Die Prinzipalität jedoch versucht immer mehr den entgegenstehenden Standpunkt herauszuführen. Vergebens! Die Provinzopposition mag sich die Zähne ausbrechen; ihr zweiter Papst Hugo Werth (Rudolfstadt) kann in „Provinzbuchdrucker und Lokalpresse“

(Wallenfels) noch des Bitteren wie lehtbin den eluflmaligen Sieg der neuen Weimarer Gruppe propheszen, die Gehtiltschaft unter Führung und Kraftstufung des Verbandes wird jeden Aufstand gegen die Kartlgemeinschaft niederschlagen. In Ostpreußen, wo neuerdings fünf Druckorte mit zwölf Firmen sich von dem Kartpp-Bulle gegen die Kartlgemeinschaft losgelagt haben, obwohl in Elstli alle Druckereien (auch die des sozialdemokratischen Blattes) ihren Standpunkt des einseitigen Unternehmerswillens durchdrücken wollten, wird ja von Gehtiltschaft durch einen fröhlich geführten Kampf demonstriert, wohin die Fahrt mit den Kartlmeutern geht. Die „Zeitschrift“ vom 27. Dezember brachte tatsächlich die Bekanntmachung des Kartlams über den verführten Ausbruch der ostpreußischen Provinzprinzipale ohne ein Wort des Zusahes! Das ist eine außerordentliche Leistung nach dem, was die neuen Männer alles gegen die Gehtiltschaft vom Stapel gelassen, und wie sie auf untrer Seite durch ihre herausfordernde Schreiberei schon wieder eine schwüle Atmosphäre entstehen lassen. Das Prinzipalorgan hat sich mit Ostpreußen verpekuliert, und mit dem, was es über den erreichten Höchststand der Löhne schrieb, ohne auf die alles bedingenden Feuerungsverhältnisse irgendwie einzugehen, hat es ebenso vorbegegriffen, denn nun spricht gar schon der Reichskanzler von einer neuen Feuerungswelle im Januar. Die „Zeitschrift“ lacht aber bereits drauf und dran zu sein, wie im August 1919 eine verunglückte Altbauaktion herbeizuführen. Es wird ihr und den hinter ihr stehenden Kreisen noch manches vorbegelegen; z. B. kann die von Schlesien in erster Linie getragene, auch in Ostpreußen jetzt nicht zuletzt missplebene Gegerlichkeit zum Reichsbeitsarbeitsvertrag noch zu kritischen Verfridungen führen. Man lerne ja von der ostpreußischen Ertraktour! Unsererorts sollte man diese Dinge auch anders betrachten und von dem in den letzten zwei Jahren dann und wann in die Debatte geworfenen Gedanken der kartlischen Zentralisation ablassen. Dafür ist nicht nur im Unternehmertum allgemein jetzt viel Neigung, sondern auch beim untrigen gibt es entscheidene Besürwörter. Der „Vorwärts“ warnte unlangst, auf diesen Leim zu gehen; es wäre der Anfang vom Ende für die Gewerkschaften auf dem Kartppgebiete. Die Landung könnte dann bei der neuen Kartppischen Werksgemeinschaft geschehen, zu der sich die Betriebsorganisation der ganz radikalen Unionisten wunderbar macht.

Ende des Jahres 1914 gab es nur 12 Reichstarife, am Schlusse 1920 aber 116. Die Buchdrucker sind hier die Pioniere gewesen. Erst mit dem Novemberumschwunge von 1918 fiel die Kartlgemeinschaft der Industrie. Die andern Arbeitergruppen hatten es nun ganz bedeutend leichter als wir, die wir langsam vorwärts kamen, in prinzipieller Hinsicht aber auch jetzt noch viel voran bleiben. Die Vereinbarung mit der Zentralarbeitsgemeinschaft über die Tarifnotwendigkeit wie die Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 über die Anerkennung der Tarifverträge, die Schlichtungsausschüsse, die Verbindlichkeitsklärung eines Tarifs, das alles gab es nun als reife Frucht jahrzehntelanger Vorarbeit durch die Buchdrucker und wenige andere Berufe, die die eigne Tat der Gewerkschaft vorausgehen lassen wußten. Die etwa 12000 Tarifverträge jetzt sprechen für die Richtigkeit untrrer seit 1896 betriebenen Tarifpolitik! Emil Böblin, untrrer vorfröhlicher Verbandsvorsitzender, war ihr ein konsequenter, durch keinelei Anfeindung der damaligen Opposition zu beeinflussender Verlecher; und Joseph Seib, untrrer jetziger Vorsitzender, ist der Kartllische schon vom Oktober 1896 an, ein paar Jahre Unterbrechung ausgenommen, ein aktiver, im Kartlausschusse langjährig erprobter Vertreter, der namentlich um das Vorwärtskommen auf dem Lohngebiete in den letzten Jahren sich große Verdienste erworben hat. Die Gehtiltsorganantion muß eben die Sniaklative in der Kartlgemeinschaft haben, sonst fehlt sich die alle Verwicklungsstahl der Prinzipalität durch.

Die übrige Unternehmerrchaft ist schon wieder sehr abgehtüht von ihrer so jungen Tariffreundlichkeit. Bei uns singt man der Kartlgemeinschaft jetzt wahrlich auch keine Jubelworte. Das ist für die Gehtiltschaft in gewissem Betracht anerkennenswert. Aber so, wie von Prinzipalseite — bald in dieser, bald in jener Gruppenbildung — Fragen und Angelegenheiten wie die Verbringungsordnung, der Gradabschub, der Preisstarif und schließlich auch der dann und wann wieder hervorgekehrte Organisationsstarif

behandelt oder folgenschweren werden, wie man die Opposition gegen den einwandfrei zustande gekommenen Hilfsarbeiterstarif gewähren läßt, so werden wohl die Gehtiltsvertreter den Dingen nicht weiter zusehen. In der Schmutzkonzurrenz ist die Prinzipalität schon geradezu blamabel auf alle üble Zellen zurückgegangen. Es droht im neuen Jahr Arbeitslosigkeit in großem Maße zu kommen, womit wir bekenntlich in 1921 eingetreten sind, um dennoch einen Beschäftigungsgrad wie noch nie zu erleben, da wird man gehtiltsseitig sich mehr um die Dinge kümmern, bei denen es anscheinend gar nicht gerade herzugehen vermag.

Die Kartlgemeinschaft ist nach untrrer Auffassung das verfraglich geregelte Mitbestimmungsrecht im Betriebe, zur Regelung des Arbeitsverhältnisses; auch im Produktionsprozeß mitzureden erfordern die Zeitumstände, die keinen Herrentandpunkt der Unternehmer mehr kennen. Eine reine Lohnbestimmungsmaßnahme ist die Kartlgemeinschaft also nicht, und wie die Vergangenheit bei uns lehrte, haben die Kollegen immer darüber hinaus getrebt. Zu den Kräften der Vergangenheit zurückzukehren, kann der Arbeit für die Gegenwart und für die Zukunft nur nützen!

## Rundschau

**Preiserhöhung für Einzel Exemplare des „Korr.“**  
Es sei an dieser Stelle auf die eintretende Änderung hingewiesen, daß im Fall eintretenden Bedürfnisses für die eine oder die andere Nummer des Verbandsorgans, das Exemplar fortan 50 Pf. kostet. Porto muß extra berechnet werden, da es bis zu 50 g Gewicht nunmehr allein schon 50 Pf. ausmacht. Das Porto läßt sich leicht ausrechnen, da vier vierseitige Nummern noch zu dem Maße für 50 g gehen. Der Betrag für die Einzelbestellung und das entstehende Porto muß aber gleich mitgeliefert werden, da sonst eine unnötige Verleuerung eintritt.

**Ergebnis des Preisauschreibens zur Erlangung einer Neujahrskarte für den Verband der Deutschen Buchdrucker, Gau Bayern.** Eingegangen waren 59 Entwürfe. Die Bewertung wurde in lebenswürdiger Weise vom Graphischen Klub Stuttgart übernommen und ergab folgendes Resultat: 1. „Zehn Sterne“, Wilhelm Klobbe (München); 2. „Münchener Abend“, Gustav Bach (München); 3. „Terza Chimie delle Schwabacher“, Otto Scheiner (München); 4. „Republik I“, Michael Dietrich (München); 5. „Sanctwerkunst“, Georg Eberhard (München); 6. „Bultermaterial I“, Richard Frosch (München); 7. „Bullerschmuck I“, Georg Beble (München); 8. „Buchstaben G und B“, Otto Scheiner (München); 9. „Nachwächter“, Heinrich Werner (München); 10. „Erna“, Otto Danner (Stempen). Da Doppelpreisurteilung nicht zulässig ist, scheitert Nr. 8 aus; die übrigen neun Kollegen gelten als Preisfräger. Lobende Anerkennung fanden weiter die eingelangten Arbeiten der Kollegen Karl Wollenkläger (Würzburg), Ernst Rasp (München), Otto Scheiner, Robert Schwarz, Heinrich Werner (sämtlich in München), Joseph Schallfer (Regensburg) und Paul Schreier (Fürth). Als gute Durchschnittsarbeiten, die allerdings schon ihre Vorgänger haben, fanden weitere vierzehn Arbeiten lobende Erwähnung. Zur Herstellung wurde Arbeit Nr. 3 von Otto Scheiner (München) gewählt, da die zur Verfügung stehende Zeit die Erstellung einer Plakette nicht zuließ und die Herstellung am Orte abging. Allen Bewerbern sagt der Vorstand des Gaus Bayern für Mühewaltung und Mitarbeit den besten Dank. Der gesamte Werkberwerb wird dem Kreise München des Bildungsverbandes zur Rundsendung unter den Mitgliedskassen Bayerns zur Verfügung gestellt. Mitgliedskassen, die sich für die Rundsendung interessieren, wollen sich an den Kreisammlungsleiter, Kollegen Max Dürrmann (München), Eberlesienstraße 142 I, wenden.

**Friedrich Seifert †.** Der Vorsitzende des Deutschen Sutarbeiterverbandes Friedrich Seifert ist am 27. Dezember in Allenburg im 55. Lebensjahre verstorben. Mit ihm ging ein unermüdlicher, freier Vorkämpfer für den Aufstieg der Arbeiterchaft leider zu früh dahin.

**Um den Stein der Weisen.** „Was hat zur Milderung der Klagengelegenheit zu gehen, welche heute die aufeinander angewiesenen Kreise untrres Volkes weit mehr trennen, als in den natürlichen Verhältnissen begründet ist?“ Dieses Preisauschreiben vom Württembergischen Goethe-Bund aus dem Dezember 1913 ist nun endlich zum Austrage gekommen; der Kartlg soll der Verbringungsgrund gewesen sein. Nicht weniger als 250 Bewerbungen waren eingegangen. Was mögen darunter für Stapelhaufen vorgekommen sein? Die mit dem ersten Preis ausgezeichnete Arbeit von Dr. Max Seber in Dresden soll

der Öffentlichkeit übergeben werden. Dann wird wohl das ewige Reich anbrechen und alle Menschen werden Brüder sein — es fehlt nämlich gerade jetzt sehr verbelungsvoll danach aus!

## Briefkasten

**K. S. in A.:** Dankend abgelehnt. — **W. S. in M.:** Je becheider im Umfange, desto leichter ist es zu machen. — **G. F. in B.:** Kritikleiderer müssen immer auch ihre Wohnung angeben. — **Anonymous in Berlin:** Ihre Schreiberlei ist nur hennelichend für Sie, den von Ihnen Beschimpften kennen in Berlin ja auch noch andre Leute. — **G. P. in A.:** Dankend aufgenommen; Entschäge nun klar. — **H. B. in A.:** Der vielen Mühe hätte es nicht bedürft, aber vielen Dank dafür. — **Gehtl. befrichtig.** — **W. S. in S.:** 21 Mh. — **M. P. in Wn.:** 160 Mh.

Die erhöhten Portosätze verpflichten einen jeden, bei Sendungen an den „Korr.“ neu zu frankieren, da Strafporto auf keinen Fall mehr von uns gestell wird. Die im Verkehr mit dem „Korr.“ hauptsächlich in Betracht kommenden Sätze sind: Postkarten 1,25 Mh., Briefe bis 20 g 2 Mh., über 20 bis 100 g 3 Mh. usw., Eilbriefe und Eilkarten 3 Mh., mehr, Einschreibbriefe bis 20 g 4 Mh., mehr, über 20—100 g 5 Mh., mehr usw., Druckarbeiten bis 50 g 50 Pf., über 50—100 g 1 Mh. usw., Eisenarbeiten bis 75 Pf., bei Verträgen bis zu 100 Mh., 1,50 Mh. über 100—500 Mh., 2 Mh. über 500—1000 Mh. usw. unter Postfachkonto Leipzig 61328.

**Verbandsnachrichten**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsloplaz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 1191.

## Bekanntmachung

### Statistikarten für die Zählung der Arbeitslosen einfindend!

Wir eruchen die verehrlichen Vorkände, den Termin für die Einfindung der gelben Statistikarten über die Arbeitslosigkeit im IV. Quartal 1921: 12. Januar 1922, pünktlich einzuhalten. Spätere Eingänge können unter keinen Umständen mehr berücksichtigt werden. Sichtlich ist der 21. Dezember. Die Karten müssen auch dann eingelangt werden, wenn Arbeitslose nicht vorhanden waren. Auf richtige Frankierung der Karten ist zu achten!

**Die Hauptverwaltung.**

**Gau Bayern.** Der Gauvorsand und Gehtiltsvertreter warnt vor Annahme einer Konfession bei den Firmen Hans Würbeck in Amberg und Fr. Classen in Schwainfurt. Beide Firmen sind kartlunten und jetzt Konfessionsantritt vorstellig unter allen Umständen den Ausschluß aus dem Verband und die Streichung aus der Kartlgemeinschaft nach sich zu ziehen. **Gau Ostpreußen.** Von 35 Firmen, die ihren Austritt aus der Kartlgemeinschaft angemeldet hatten, ist es gelungen, in dreizehnzig Fällen 21 niederzukämpfen und ihnen untrre Bedingungen aufzuerlegen. Vieles ist getan, vieles aber noch zu tun. Was bisher gescheit, ist gewiesen dank der Einigkeit, Entschlossenheit und Opferwilligkeit untrrer Kollegen. Aber noch gilt es, den Rest der kartlfeindlichen Konfession zur Strecke zu bringen. Damit dies auch rasch und leicht vollbracht wird, ist es nötig, den vom Gauvorsand beschlossenen Ertrakttrag von 10 Mh. pro Woche und vollarbeitendes Mitglied im Gau noch auf weitere vier Wochen, vom 1. bis 28. Januar 1922, zur Erhebung zu bringen.

**Adressenveränderungen**  
Eidling, Vorsitzender: Paul Mar n. k., Junkerstraße 37; Kassierer: Anton Fisch er, Fuglerdam 17.  
Nossen-Gebietsschn. Vorsitzender: Hugo Pösch, Nossen, Obere Schützenstraße 5.

## Versammlungskalender

**Stiechen.** Generalversammlung Sonnabend, den 14. Januar, 7 Uhr, bis 7. Januar an den Vorsitzenden.  
**Erft.** Mach in ein eiltes Generalversammlung Freitag, den 6. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Großen Saal“.  
**München.** Mach in ein eiltes Generalversammlung Sonntag, den 29. Januar, vormittags 9 Uhr, im Restaurant „Hennel“. Anträge bis spätestens 15. Januar an den Vorsitzenden.

Zum Jahreswechsel entbieten allen Vorkänden, Funktionären, Mitarbeitern und Kollegen, deren Tätigkeit, Streben und Wollen für die in untrrer Organisation zusammengefaßten Interessen sie in nähere Beziehungen zum „Korrespondent“ bringt, kollegiale Wünsche und Grünsche. Wie es auch kommen mag im neuen Jahre, unbedert und unentwegt soll gemeinsam auf unfer aller Ziel zugefeuert werden, und in der Geschlossenheit untrrer Gewerkschaftsarbeit wollen wir die beste Voraussetzung zu Ihren künftigen Erfolgen erblicken!

**Redaktion und Expedition des „Korr.“**

**Zähliger, unverheirateter Zeitungsseher**  
zum 1. Januar gesucht. [43]  
„Memeigan-Geltung“, Seydeburg.

**Zähliger einen tüchtigen Typographseher**  
für B-Maschine, der auch vorfröhlicher Maschinenreiner sein muß. (Elektrische Winkler-Beheizung).  
„Waldeckische Landeszeitung“, Gorbach (Waldeck).

**Zähliger Rotationsmaschinenmeister**  
der mit der Stereotypie vertraut ist. Wegen Wohnungsmangel lediger bevorzugt.  
„Neue Flensburger Zeitung“, Flensburg, Große Straße 4.

**Zähliger Maschinenmeister**  
welcher das Einlegen an der Maschine besorgen kann, für Buchdruckerei in Luxemburg-Stadt gesucht.  
Gell. Offerten unter Nr. 18 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Zähliger einen tüchtigen Galvanoplastiker**  
der im Prägen und Abdrücken durchaus erfahren ist, und billigen und gef. Werbung unter Angabe der Gebaltsansprüche. Verehrliche graphische Kunsthandlanten Borgladi & Bulck, Bielefeld.

**Zähliger einen tüchtigen Sungen Maschinenmeister**  
im Berlin- u. Maschinenbau erfahren, mit Zug- u. Universalapparat. Lohnverfröhlich. in Augsburg, R. I. babm, Vert. Mtr. h. sol. erf. Off. u. Nr. 44 an die Geschäftsstelle, Bielefeld.

**Zähliger einen tüchtigen Maschinenmeister**  
der drucktechnisch in jeder Weise durchgebildet sein muß, außerdem energisch, aber mit Takt dem Hilfspersonal vorzuziehen hat.  
Herren, denen bei guten Leistungen an einer dauernden und gutgezahlten Stellung gelegen ist, wollen sich bitte

**Sermann Geisel, Buch- und Handelsdrucker, Flensburg, Holm 61.**  
für Verbands- und Arbeitspublikation, Gebenbittler für Opfer des Kartlges empfiehlt A. Steg, München 9, Kolonnenstraße 1.

**Winkelhaken Bierzipfel, Couleurbänder Buchdruckeremühen Schlips- u. Verbandsnadeln Werkzeugearten verfröhlichbarfam. (sämtl. Werks. für Maschinenmtr. u. Seher empl. i. best. Qual. Kollege Max Waigl, Gehtilts-Gebietsschn. Papiermüllstr. 511, Preisliste gratis. [674]**

**Zeiten Maß** mit 6 Bntsch. 37 franko

G. Fr. Fr. Frankfurt Friedberg/Landkreis



# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig des Exemplars. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzutragen.

Beilage zu Nr. 150 — Leipzig, den 31. Dezember 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1920

In Unternehmerkreisen und bei solchen Volkswirtschaftlern, die in der vollen, ungehinderten Auswirkung der kapitalistischen Wirtschaft das Heil der Menschheit erblicken, geht seit längerer Zeit der Gedanke des Lohnabbaues um. Man beabsichtigt in jenen Kreisen, die Krankheitsursachen des Wirtschaftskörpers rücksichtslos auf Kosten des arbeitenden Volkes durch Herunterdrückung des Preises der Ware Arbeitskraft zu beseitigen. Eine Rechnung, die zwar zur Wahrung und Mehrung des Kapitalwertes durchaus folgerichtig aufgestellt ist, der aber gerade deswegen die Anerkennung von der Arbeiterchaft verweigert wird. Auch ohne ziffernmäßige Nachweisungen bezogen die Tatsachen, daß seit Ausbruch der Revolution die Lohnaufbesserungen der rapiden Steigerung der Warenpreise nur ägernd folgen und daß als Resultat der Preisbewegungen eine ständig tieferliegende Lebenshaltung des werktätigen Volkes zu beobachten ist. Einen Beitrag zu diesem Merkmale liefert auch die in Nr. 51 des „Korrespondenzblattes“ erschienene Statistik über die Lohnbewegungen des Vorjahres. Die gigantischen Zahlen an Lohnerböhrungen, die sie als Ergebnis der im Jahre 1920 von der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft geführten wirtschaftlichen Kämpfe aufmarschieren läßt, können allerdings bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck erwecken, als sei im verflochtenen Jahr eine ausreichende Verbesserung der Lebenslage des arbeitenden Volkes eingetreten. Bringt man jedoch tiefer in die Zahlen ein, sieht man insbesondere einen Vergleich zwischen den gelegenen Löhnen der Lebenshaltung und den erreichten Lohnsteigerungen im einzelnen, so kommt man zu dem Schlusse, daß trotz der immerhin gewaltigen Erfolge an erreichten Lohnerböhrungen diese nicht die gelegenen Kosten der Lebenshaltung auszugleichen vermochten.

Die im Jahre 1920 geführten wirtschaftlichen Bewegungen übertrifft an Zahl und Umfang bei weitem die des Vorjahres. Es fanden 38 Verbände verwendungs-fähige Betriebe ein, während in der Statistik über 1919 nur 32 vertreten waren. Die Verbände der Buchdrucker und der Landarbeiter, die beide Bewegungen in erheblichem Umlange geführt haben, vermochten wegen der ihnen besonders gelagerten Berufs- und Organisationsverhältnisse die zur Einreichung im vorgesehenen Tabellenwerke notwendigen Angaben nicht zu machen.

Von den 50 Zentralverbänden, läßt sich an der dies-jährigen Statistik beilegen. Von ihnen wurden 1920 zusammen 38547 Bewegungen ohne und mit Arbeits-einstellung geführt, die sich auf 54808 Orte und 642567 Betriebe erstreckten und an denen insgesamt 13043928 Personen, darunter 2612779 weibliche, beteiligt waren. Die Statistik des Vorjahres wies dagegen 26433 Bewegungen mit 7435709 Beteiligten auf. Infolge der Föhlung jeder einzelnen Bewegung im Laufe des Jahres waren Doppelaufzählungen gleicher Betriebe und Personen natür-lich nicht zu vermeiden. In 33001 Fällen = 85,6 Proz. wurden die Bewegungen durch Vergleichsverbände-lungen, also auf friedlichem Weg, erledigt. An diesen Bewegungen waren beteiligt 12103847 Personen = 92,8 Proz. der Gesamtzahl. Von diesen Bewegungen waren 32754 Angriffsbewegungen, an denen 12053542 Personen beteiligt waren, von denen 11799772 eine Ver-besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielten. In 247 Fällen mit 50305 Beteiligten handelte es sich um Abwehr verfechteter Arbeitsbedingungen. Diese Be-wegungen brachten 49725 Personen einen Erfolg. Zur Arbeits-einstellung kam es in 5546 Fällen mit 813477 männlichen und 126604 weiblichen, insgesamt 940081 Personen. Wiesen die Bewegungen im Vorjahr eine erhebliche Zunahme (12114) auf, so auch die Zahl der Aus-sperrungen (285 Fälle, gegen 60 im Jahre 1919). In 126 Fällen wurde die Aussperrung verbunden, um Forderungen der Arbeiter abzuwehren. In enger Verbindung mit diesen Fällen fanden weitere 23 Aussperrungen, die als Mahnmaße gegen Angriffsstreiks angewandt wurden. In 17 Fällen handelte es sich um die Ausdröngung verfechteter Arbeitsbedingungen. Von den Aussperrungen hatten 44 mit 11639 Aussperrten einen vollen Erfolg für die Unternehmer. In 40 Fällen mit 49072 Personen war der Aussperrungsakt nur ein teilweiser Erfolg be-schieden. 172 Aussperrungen mit 24871 Beteiligten endeten für die Unternehmer erfolglos. Bei den Angriffs-streiks im Jahre 1920 handelte es sich in 3830 Fällen um Lohnforderungen, und von den Abwehrstreiks waren 120 gegen Lohnreduktionen gerichtet. Einen Streik-erfolg hatten 759434 von 832225 beteiligten Personen. Die Zusammenfassung der Erfolgskriterien ergibt über den Ausgang aller im Jahre 1920 geföhrten Bewegungen folgendes Bild: Es endeten 33464 = 86,8 Proz. (1919: 87,7) mit 10090802 Beteiligten = 77,4 Proz. (1919: 75,2) erfolgreich und 4052 = 10,5 Proz. (1919: 16,7) mit 2631524 Beteiligten = 20,2 Proz. (1919: 22,6) mit teilweisem Erfolg. Keinen Erfolg hatten 470 Bewegungen mit 256833 Beteiligten. Der Ausgang blieb unbekannt von 515 Bewegungen und 46 waren am Jahres-schlusse nicht beendet.

Die Durchführung der gesamten Bewegungen erforderte von den Zentralverbänden eine Gesamtausgabe von 98032996 Mk. Davon entfielen an Angriffsstreiks 68592320 Mk., die Abwehrstreiks 8622171 Mk. und die Aussperrungen 10370787 Mk. Von den in die Streik-listen eingetragenen 839676 Personen waren 682023 bei Beginn des Kampfes gewerkschaftlich organisiert; 533394 waren schon sechs Monate vor Kampfbeginn Mitglied ihrer Organisation. Erreicht wurde für 131787 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 765307 Stunden und Lohnerböhrungen für 11357313 Personen im Gesamtbetrag von 608159858 Mk. pro Woche. Außerdem erfolgten für 4100925 Personen son-stige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

Diese Zahlen der Statistik überschreiten die von den freien Gewerkschaften nicht völlig. Wie schon erwähnt, vermochten mehrere Verbände, darunter der Verband der Deutschen Buchdrucker, für das eigenartige Tabellenwerk zu verwendende Angaben nicht zu machen. Ein Mangel, dessen Beseitigung angeht werden muß. Der Vorstand des Buchdruckerverbandes sandte zur zweifelsprechenden Ergänzung einen schriftlichen Bericht ein, aus dem — wie es im „Korrespondenzblatt“ heißt — die recht beträch-tlichen Erfolge zu erkennen sind, die dieser Verband für seine Mitglieder zu erzielen vermochte, die durch folgende Zusammenfassung veranschaulicht werden. Die Löhne be-trugen — je nach den Ortsauszügen — für Obliken im

	am 1. Januar 1920	am 1. Januar 1921
bis zu 21 Jahren	104,- bis 146,75 Mk.	177,- bis 256,75 Mk.
von 21 bis 24 Jahren	105,- bis 148,- „	183,- bis 263,- „
über 24 Jahre	106,50 „ 150,50 „	189,50 „ 270,50 „

Auch das Staatsgeld der Lebrlinge wurde beträchlich erhöht und die Ferienfrage und die Überstundenentschädigung für Lebrlinge tariflich geregelt.

In der letzter gewöhrten Art wird die Statistik des ADGB über Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Laufe eines Jahres nicht mehr erscheinen. Sie wird nun ab in wesentlich vereinfachter Form fortgeführt werden als eine zusammenfassende Übersicht über die von den freien Gewerkschaften geföhrten wirtschaftlichen Be-wegungen. In über jahrzehntelanger Arbeit war es den Gewerkschaften möglich, durch einen Vergleich ihrer Stati-stik mit den Ergebnissen der amtlichen Erhebungen die Unvollständigkeit der letzteren und damit ihre Wertlos-heit zur Beurteilung wichtiger Vorgänge im Wirtschafts-leben nachzuweisen. Die Forderungen der Gewerkschaften auf Schöpfung einer wissenschaftlich unanfechtbaren am-lichen Streikstatistik blieben von früherer Obrigkeitstakt unberücksichtigt. Erst die Revolution sollte hierin Wandel schaffen. Das neugeschaffene Reichsarbeitsministerium nahm den Plan einer Umbildung der Streikstatistik auf. In gemeinsamen Beratungen unter Beteiligung von Ge-werkschaftsvertretern gelang es, einen Erhebungsplan auf-zustellen, der den berechtigten Wünschen der Gewerkschaften insofern entspricht, daß ihre Mitarbeiter an der Statistik er-folgen kann. Dieser in über Minderarbeit erzielte Erfolg erscheint zwar gering gegenüber den sonstigen politischen Erregungszuständen der Revolution, aber er bildet doch ein nicht zu unterschätzendes Zeichen der sich durchziehenden Macht der Gewerkschaften.

## Die Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften im Jahre 1920

Mit dem Erstarben der freien Gewerkschaften ging eine recht erfreuliche Entwicklung aller ihrer Rechtsberatungs-einrichtungen seit der Beendigung des Krieges Hand in Hand. Schon im Jahre 1919 war eine beachtenswerte zahlenmäßige Vermehrung der Rechtsberatungsstellen öf-fentlicher gewerkschaftlicher Vereinigungen zu verzeichnen, die noch stärker wurde im Jahre 1920. Eine vor kurzem vom „Korrespondenzblatt“ veröffentlichte umfangreiche statistische Darstellung gibt Aufschluß über die gewerkschaftlichen Rechtsberatungs-einrichtungen. Wir geben daraus das Wesentliche wieder:

Die Zahl der Arbeitersekretariate ist im Laufe des Berichtsjahrs wieder erheblich gestiegen. Sie betrug am Schlusse des Jahres 150, gegen 135 im Vorjahre. An der Statistik sind 143 Sekretariate beteiligt. Von den berichtenden Sekretariaten sind 8 Einrichtungen des Berg-arbeiterverbandes, der die Ausgaben dafür aus Verbands-mitteln leistet. Die Kosten der Sekretariate in Kattowich und Marktredeich werden von Vorstände des ADGB, aus allgemeinen Mitteln bestritten. In Marktredeich leisten außerdem die angeschlossenen Gewerkschaften zu dieser Einrichtung Beiträge. Die übrigen 133 Sekretariate werden von den Gewerkschaften am Ort unterhalten. Davon 102 aus den Kosten der Ortsauszöge und 31 durch Erhebung besonderer Beiträge, die direkt an die Sekretariate abgelöhrt werden; es sind das Sekretariate mit einer eignen von der Ortsauszögeverwaltung ge-trennten Kassenführung. Darunter fallen auch die Ge-richtssekretariate, zu deren Unterhaltung eine Mehrzahl von Orten beiträgt. Die neu hinzugekommenen Sekre-tariate in den ober-schlesischen Orten Hindenburg, Königs-

bötte, Oppeln, Railbor und Rohnik sind Einrichtungen des Bezirksauszöges Kattowich. Es wird für ihre Unterhaltung von den freien Gewerkschaften Ober-schlesiens ein Beitrag von 120 Pf. pro Jahr und Mil-lion erhoben.

Die Beitragsleistung zur Unterhaltung der Sekretariate mit einer eignen von der Verwaltung des Ortsauszöges unabhängigen Kassenführung bewegt sich zwischen 20 Pf. und 9,60 Mk. pro Jahr und Mitglied. Die nach 1918 eingetretene Vermehrung der Mitglieder an allen Orten hat die Ortsauszöge finanziell leistungsfähiger gemacht und bewirkt, daß die während der Kriegs-zeit den Sekretariaten aus allgemeinen Gewerkschafts-mitteln gewährten Zuschüsse zum größten Teil fortlassen konnten. 1919 erhielten Zuschüsse vom Vorstände des ADGB, 39 Sekretariate, 1920 dagegen nur noch 21. Summiert sind es Bezirkssekretariate, die noch Zuschüsse er-hielten, bzw. Sekretariate, die neben der Ortsauszöge noch Bezirksauszöge wahrnehmen. Auch die Zahl der Sekretariate, die Zuschüsse von Parteiorganisationen oder Arbeiterunternehmungen erhalten, ist gegen die Vorjahre stark zurückgegangen. Die Statistik für 1920 verzeichnet 12 Sekretariate, die Zuschüsse von solchen Körper-schaften erhielten. Dagegen ist die Zahl der Sekretariate, die Zu-schüsse aus Staats- und Gemeindemitteln erhielten, wiederum gestiegen. 1918 bekamen solche Zuschüsse 11, im Vor-jahre 26 und 1920 36 Sekretariate.

Wie auf allen Finanzgebieten die Geldentwertung den Nennwert der Summen gigantisch gesteigert hat, so haben sich auch die Einnahmen- und Ausgabeposten der Sekretariate erheblich vergrößert. Leider muß auch dies-mal wieder über Unvollständigkeit der Kassenübersicht ge-schlagt werden. Es machten nur 123 Sekretariate An-gaben über die Kassenverhältnisse. In Wirklichkeit hat die Kosten, welche die freien Gewerkschaften für die Unter-haltung ihrer Rechtsberatungs-einrichtungen aufbringen, erheblich höher, als sie durch die Statistik ausgewiesen werden. So verschwindet der Bergarbeiterverband mit den Ausgaben für seine Sekretariate fast völlig aus der Statistik, da nur Samborn Angaben darüber machte. Die an der Berichterstattung über die Kassenverhältnisse beteiligten Sekretariate verzeichnen eine Gesamtein-nahme von 4120512 Mk. (1919: 1815124 Mk.), der eine Ausgabe von 3963158 Mk. (1573588 Mk.) gegen-übersteht. Von den Einnahmen kamen 3181765 Mk. aus den Kassen der Ortsauszöge und 460747 Mk. wurden aufgebracht durch direkte Beitragsleistungen für die Sekre-tariate, 113564 Mk. flössen aus den Kassen der beteiligten Organisationen. Die letztere Summe ist unvollständig, da hier die Kosten der Bergarbeitersekretariate fehlen. Die den Sekretariaten insgesamt gewährten Zuschüsse von Körper-schaften beziffern sich auf 292616 Mk. Davon kamen aus Gemeinde- und Staatsmitteln 188299 Mk. (1919: 72600 Mk.). Die sonstigen Einnahmen betragen 71820 Mk. Von den Ausgaben kommt der größte Teil, und zwar 2441809 Mk., auf Gehälter. Für Unterhaltung der Büroräume wurden 252145 Mk. und für Druck-sachen, Handbücher usw. 178211 Mk. verausgabt. Die sonstigen Ausgaben, einschließend der sächlichen Ver-waltungskosten, beliefen sich auf 1092993 Mk.

Von den an der Berichterstattung beteiligten Sekre-tariaten erstellten 94 Auskünfte an alle Auskunfts-suchenden und 49 nur an die Mitglieder der angeschlossenen Organi-sationen und den Angehörigen dieser Mitglieder. Aber die Auskunftserteilung hinaus gewöhren weitere Rechts-hilfe 60 Sekretariate allen Auskunfts-suchenden und 76 in der Regel nur den Mitgliedern der angeschlossenen Organi-sationen und den Angehörigen dieser Mitglieder. Aus-kunftserteilung und Gewöhrung weiterer Rechts-hilfe erfolgt meistens unentgeltlich. Eine recht geringe Anzahl von Sekretariaten erheben Gebühren, und zwar 8 für Auskunftserteilung, 20 für Schriftsätze und 12 für Ver-stretung vor Gerichten. In der Regel handelt es sich bei dieser Anforderung von Gebühren nur um eine aus-nahmsweise Behandlung Nichtorganisiert, die zur Leistung von Gebühren laufende sind; Hilfsbedürftige sind hiervon ausgeschlossen. Erlaß für Porto oder für sonstige Aus-lagen fordern 112 Sekretariate von allen Auskunfts-suchenden ein, die jedoch meistens besonders Hilfsbedürftigen erlassen werden.

Die folgende Zusammenfassung gibt eine Übersicht über den Umfang der Tötigkeit der Sekretariate in den einzelnen Jahren seit 1913, dem letzten Berichtsjahre von Ausbruch des Krieges.

Jahr	Auskunfts-suchende insgesamt	Davon Arbeitnehmer		Erteilte Ange-künfte Schriftsätze			
		männlich	weiblich				
1913	683890	540316	83,0	110934	17,0	725092	185339
1914	646475	466849	76,4	143845	23,6	692590	180361
1915	535948	277330	55,4	223077	44,8	568967	167790
1916	526365	251420	51,0	241296	49,0	558947	175293
1917	511763	252744	53,0	224361	47,0	544521	165317
1918	530685	276430	56,6	212096	43,4	563558	157138
1919	654589	405219	70,8	167403	29,2	592096	169599
1920	674192	469827	73,1	172995	26,9	717963	186775

Von den 674192 Auskunfts-suchenden im Jahre 1920 gehörten der Klasse der Arbeitnehmer 469827 männliche und 172995 weibliche, zusammen 642822 Personen, gleich 95,3 Proz. der Gesamtzahl an. Von den insgesamt er-stellten 717963 Auskünften entfielen im Durchschnitt auf

edes berichtigende Sekretariat 5021, gegen 5775 im Vorjahre. Von den Aushünften wurden 649783 mündlich und 35200 schriftlich erteilt. Von 32980 Aushünften liegen Angaben über die Art der Aushünfterteilung nicht vor. Es kommen von den gesamten Aushünften auf die Arbeiterverteilung 115963, den Arbeits- und Dienstvertrag 122422, das Bürgerliche Recht 242615, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 113032, Militärverforgung 24756, das Strafrecht 45497, auf das Verelms- und Verfallungsrecht 2347, auf die Arbeiterbewegung 14187, auf die Privatversicherung 4797, auf Handels- und Gewerbelachen 4840 und auf sonstige Sachen 39772. Für 12211 Aushünfte wurden keine Spezialangaben gemacht.

Von den im Jahre 1920 angefertigten Schriftsätzen betrafen 38981 die Arbeiterversicherung (einschließlich Angestelltenversicherung), 24182 den Arbeits- und Dienstvertrag, 35286 das Bürgerliche Recht, 30425 Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 14077 Militärverforgungsachen, 15605 das Strafrecht und 13873 sonstige Sachen. Von 14346 Schriftsätzen lebten die Angaben über das Sachgebiet.

Über persönliche Vertretungen vor Ämtern und Gerichten machten 129 Sekretariate Angaben. Diese übten zusammen in 10376 Fällen Vertretungen aus. Davon fanden statt vor Versicherungsämtern 796, Oberverwaltungsämtern 2509, Landesversicherungsämtern 322, Gewerbe- und Kaufmannsgerichten 2294, Amtsgerichten 986, Verwaltungsbehörden und -gerichten 608 und vor Miet-einigungsämtern 1756. Außerdem wirkten die Sekretäre in 944 Fällen bei Verhandlungen vor Schlichtungsausschüssen mit. Die Zahl der wahrgenommenen Termine betrug 9971.

Die Nachweisungen über den Erfolg, den die Sekretariate in den von ihnen vertretenen Rechtsfällen erzielen, sind leider sehr lückenhaft, da den Sekretären häufig über den Ausgang der von ihnen behandelten Streitsachen nichts bekannt wird. Vielfach beschränken sich deshalb die Sekretariate bei den Angaben über den Erfolg nur auf die Fälle, die sie vor Ämtern und Gerichten persönlich vertreten. Aber den Ausgang der Rechtsfälle machten 99 Sekretariate Angaben. Viele verzeichnen zusammen 58500 Rechtsfälle, deren Ausgang ihnen bekannt wurde. Davon waren 44 81 erfolgreich und 13519 erfolglos. Von den mit Erfolg vertretenen Fällen betrafen 5987 die Unfalls-, 2758 die Invaliden- und 1140 die Ange-stelltenversicherung; 3421 die Krankenversicherung und das Anwartschaftswesen und 10396 den Arbeits- und Dienstvertrag.

Für 1920 wurde von 192 Ortsauschüssen über die Tätigkeit von Rechtsauskunftstellen berichtet. 1919 umfaßte die Statistik 154 Stellen. Den Stichtagsstand an berichtenden Rechtsauskunftstellen weist das Jahr 1913 mit 232 auf. Diese Zahl wird in allerhöchster Zeit nicht nur wieder erreicht, sondern jedenfalls noch überschritten werden.

Als Rechtsauskunftstellen werden die Rechtsberatungs-einrichtungen der örtlichen gewerkschaftlichen Vereinigungen bezeichnet, die von dazu beauftragten Personen im Neben-amte geleitet werden im Gegensatz zu den Arbeiter-sekretariaten, in denen vollbesoldete Angestellte tätig sind. Doch wird auch bei den Rechtsauskunftstellen ein ge-ordnetes Geschäftsgang, Festlegung bestimmter Tageszeiten für die Auskunftserteilung je nach den örtlichen Verhält-nissen, Registrierung der Vorgänge usw., vorausgesetzt. In letzterer Beziehung lassen die Rechtsauskunftstellen häufig noch recht viel zu wünschen übrig. Eine recht erhebliche Zahl von Berichten konnte wegen zu großer Unvollständigkeit nicht verwandt werden.

Von 137 Auskunftstellen wird an alle Auskunft-luchenden von 55 nur an Gewerkschaftsmitglieder unentgeltlich Auskunft erteilt. Bei den Stellen mit be-schränkter Auskunftserteilung wird jedoch häufig über den bestimmten Personenkreis hinaus den hilfsbedürftigen oder nichtorganisationsfähigen Personen Auskunft gegeben. Die Auskunftserteilung erfolgt in 92 Fällen durch den Vor-sitzenden des Ortsauschusses, in 71 Fällen ist hierzu eine andere Person bestimmt und in weiteren 29 Fällen sind mehrere Personen dazu beauftragt. In 102 Orten findet die Erledigung der Geschäfte in einer Privatwohnung und an 90 Orten in einem Lokale, Vereinszimmer oder Bureau statt.

Die Zahl der Auskunftsuchenden betrug ins-gesamt 61108 und die der Aushünfte 64472. Im Durchschnitt entfielen auf jede Stelle 318 Auskunft-suchende und 336 Aushünfte. Nähere Angaben über die Verteilung der Aushünfte auf die ver-schiedenen Sachgebiete wurden für 60764 Aushünfte ge-macht. Davon betrafen die Arbeiter- und Angestellten-versicherung 8997, den Arbeits- und Dienstvertrag 11473, das Bürgerliche Recht 7466, Gemeinde- und Staats-angelegenheiten 7293, die Militärverforgung 3522, das Strafrecht 3243 und sonstige Sachen 18770. Von 164 Auskunftstellen wurden insgesamt 20253 Schriftsätze angefertigt. Persönliche Vertretungen vor Ämtern und Ge-richten wurden von 83 Stellen insgesamt in 1252 Fällen ausgeübt.

Das Gesamtergebnis der Tätigkeit der Rechtsaus-kunftstellen ist als durchaus erfreulich zu bezeichnen. Sie haben einen erheblichen Anteil an der Rechtsberatung der Arbeiterklasse. Ihre Tätigkeit ist um so beachtenswerter, als sie vornehmlich von Kräften ausgeübt wurde, welche die damit verbundene Mühewaltung neben ihren Berufs-pflichten auf sich nehmen. Viele Leistungen verdienen deshalb eine besondere Anerkennung.

Die Tätigkeit der Arbeitersekretariate und Rechts-auskunftstellen zusammengenommen, ergibt, daß von den ins-gesamt an der Berichterstattung beteiligten Stellen im Jahre 1920 zusammen 782435 Aushünfte erteilt, 207028

Schriftsätze ausgefertigt und 11628 Vertretungen vor Ämtern und Gerichten ausgeübt wurden. Mit Genüg-lichkeit können die freien Gewerkschaften auch auf die von ihnen Rechtsberatungsstellen im Jahre 1920 für die Wohlfahrt des werktätigen Volkes geleisteten großen Summe legenswerter Arbeit zurückblicken. Die bis-herigen Leistungen unserer Arbeitersekretariate rechtfertigen das Vertrauen zu ihnen, daß sie auch fernerhin bestrebt sein werden, in rastloser Tätigkeit unermüdet die Inter-essen der Arbeitnehmer auf sozialpolitischem Gebiete wahr-zunehmen und an dem Ausbau der sozialen Versicherungs-gesetzgebung und der Schaffung eines einheitslichen Arbeiter-rechts nach besten Kräften mitzuwirken.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

**Gau Ostpreußen. (Bericht über die Lage.)** Heute können wir unsre Mitteilungen mit einer besonders er-schütterlichen Nachricht einleiten. Der Ortsverein Königs-berg hat in seiner letzten Monatsversammlung beschloffen, den im Kampf um die Tariffrage lebenden Streikern 20000 Mk. aus seinen Mitteln zu bewilligen außer dem wöchentlich zu leistenden Ertragsbeitrag von 10 Mk. pro arbeitenden Mitglied im Gau. Das war eine gute Tat. Sie gereicht den Königsbergern zur Ehre und wird nicht vergessen werden! Auch sonst ist Ertragsliches zu berichten: Unse im Streik befindlichen Kollegen, Lehrlinge, Hilfs-arbeiter und Anleiterinnen kämpfen mit großer Bravour. Des Sieges gewiß, werden alle notwendigen Verrich-tungen, wie Streikpolizei, Flugblätterverteilung, Er-füllung der Kontrolle, mit einer Fraktion ausgeführt, die nur dem gegeben ist, der für eine gerechte Sache streitet und sich insolge geschlossener Einigkeit seiner Macht be-wußt ist. Ganz besonderes Lob verdient hierbei unsere Jugend. Ihr Eifer und ihre jugendliche Kampfeslust wirken geradezu erbebend. Aber auch die älteren Jahr-gänge und die alte Garde, die schon manchen Strauß in Ehre bestanden, tun willig ihre Pflicht. Der ältere, er-fahrene Gewerkschaftler mit seiner unerlöschlichen Ruhe wirkt im Streikkomitee. Hier ist der ruhende Pol; hier ist der Organismus, das Gehirn. Vieles gibt es zu be-raten und zu erleben, aber alles geschieht in imponie-render Ruhe. Und dann die Streikverammlungen! Welch ein Klan. Welch ein köstlicher Mut, welche kampes- und siegestrohe Entschlossenheit! In vielen Fällen wird vor Ablauf eines kurzfristigen Ultimatums die Forderung der Arbeiterchaft bewilligt. Oftmals geht es aber nicht anders, es muß zum Kampfe geschritten werden. Der Unternehmer zweifelt vielleicht an der Geschlossenheit und Einigkeit des Personals. Er steckt den starken Mann heraus, der mit großen Worten und erhabener Gesten den Vertrauensleuten antwortet: „Aber bitte, geben Sie doch, sofort aber. Sie brauchen die Stunde Ihres Ultimatums nicht erst abzuwarten. Ich schäme den Betrieb.“ Er will Eindruck schinden und einschüchtern. Und sie geben. Wehen alle. Aber welche köstlichen Eindruck macht es doch, wenn derselbe Unternehmer dann nach einem Tage Kampf Führung mit den Streikenden sucht und folgende Bedingungen unterzeichnet: Vor Wiederaufnahme der Ar-beit verlangen wir schriftliche Annahme folgender Punkte: 1. Schriftliche Erklärung über den Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft. 2. Anerkennung sowie strikte Durch-führung des Tarifs. 3. Entfernung der Buchhalter von jeder Buchdruckerarbeit und bei eintretender Notwendig-keit Einstellung eines arbeitslosen Gehilfen. (Ein alles Abel jener Buchdrucker, mit dem gleichzeitig aufgeräumt wurde.) 4. Bezahlung der Streikzeit. 5. Unterlassung jeder Minderung und Mahreglung, die durch diesen Kon-flikt hervorgerufen werden könnte. (Anstreicheln.) In einem andern Falle suchte man auch nach zwei Tagen Streik Verhandlung mit dem ausständigen Personal. Man erklärte sich wieder für tarifreu und gab keine Unterstreicheln. In einem weiteren Ort, in dem zwei Drucke-reien sich befinden, wurde noch kurz vor Ablauf des Ulti-matums, dank der Geschlossenheit des Personals, die Austrittserklärung aus der Tarifgemeinschaft schriftlich zurückgezogen von beiden Firmen. Und welche Töne wurden vorher angeschlagen! Ganze Orte mit vielen Druckerereien haben sich bereits ergeben, haben die Forde-rungen der Gehilfen schriftlich anerkannt. Und weiter wird gekämpft werden, bis auch der letzte Ort und die letzten Plätze von uns genommen sind. Vorläufig geht es noch um Insterburg, Stallupönen, Piltkallen. In voriger Woche laufende Ultimatums sind alle zu unsern Gunsten erledigt. Aber in dieser Woche sind wieder neue ergangen. Hoffen wir auch bezüglich dieser das Beste. Bei Abfassung dieses Berichts ging folgendes Telegramm ein: „Insterburg, 22. Dezember. Nachdem unse Be-dingungen erfüllt, Arbeit heute aufgenommen.“ Bravo über diesen Sieg! Es lebe der folgende.

m. Tiffel. Der durch den Austritt der Prinzipale aus der Tarifgemeinschaft entbrannte Lohnkampf ist nach dreiwöchiger Dauer am 23. Dezember beendet worden. Sämtliche Mitglieder, einschließlich der Lehrlinge, bilieben in dieser Zeit den Betrieben fern. Nach-dem in mehreren Verhandlungen die Sache so weit ge-diehen war, daß die Prinzipale ihren Austritt aus der Tarifgemeinschaft schriftlich rückgängig machten, wurde die Arbeit am 24. Dezember in vollem Umfang wieder auf-genommen. Die Hilfsarbeiter waren gleichfalls in einen Lohnkampf eingetreten. Sie gingen nach Annahme eines vorläufigen Provisoriums in die Betriebe.

m. Tiffel. Am 1. Januar feiert unser Kollege Her-mann Schlag sein 50jähriges Verbandsjubiläum. Er begann seine Lehrzeit 1867 in Hirschberg i. Schl. und beendete sie 1871 in Olsnitz i. B. Am 1. Januar 1872

trat er in Stuttgart dem Verbands bei und konditionierte dann in München, Frankfurt a. M., Charlottenburg, Berlin, Götting. Auf der Wanderfahrt lernte er Osterreich-Lagaren kennen und kam dann nach der Schweiz, wo er in Frauenfeld konditionierte. Von da ging er 1875 nach Breslau und war hier sehr bald in den verschiedensten Ämtern tätig: im Ortsvorstand, als Reisekassier, als Beisitzer, Schriftführer und Hauptverwalter des Gaues Schiefen sowie als Gehilfenverwalter des Strelkes VIII. Unse älteren Verbandsfunktionäre werden sich seiner von den früheren Tarifverhandlungen her noch sehr gut er-innern können. Im April 1906 befehle er nach Tiffel über und wurde schon im Herbst desselben Jahres zum Vorsitzenden des Ortsvereins Tiffel gewählt. Vieles Amt legte er im Januar 1919 nieder, worauf ihn die hiesige Mitgliedschaft zu ihrem Ehrenvorsitzenden ernannte. Troz-dem er seit 1893 andersberullich tätig ist, hat er die Führung mit seinen Berufskollegen nicht verloren. Seine reiche Erfahrung hat es ihm stets ermöglicht, uns mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, wie er auch für Freud und Leid in unserm Kreise stets lebhaftes Interesse und Teilnahme bekundete. Unsern Dank bringen wir mit dem Wunsch zum Ausdruck, daß unserm verdienstvollen Kollegen ein beiterer und rubiger Lebensabend beschieden sein möge!

## Verschiedene Eingänge

„Tiefdruckfarben.“ Die Firma Gebrüder Schmidt, G. m. b. H., Druckfabrikanten in Frankfurt a. M. und Berlin-Heinersdorf, hat ein umfangreiches Probeheft ausgewählter Tiefdruckfarben herausgegeben, das in seiner Vollmachung (abzimerend wirkt. Man sieht No-mallfarben für Dreifarben- und Vierfarben-Druck sowie Violett- und Blau-Druckfarben für Vervielfachung durch gezielte Motive und dazu passendes Papier veranschaulicht. Es befaßt heute in Fachkreisen wohl kaum mehr eines ähnliches auf die außer-ordentliche Bedeutung und die allgemeine Verbreitung, die der Tiefdruck erlangt hat. Bedeutend umfangreicher noch als dargestellt sind die in es auf Vorrat gehaltenen Farböne und unbegrenzt die Möglichkeit, jede weitere Nuance nach Wunsch und Vorlage rasch-stens auszuführen. Für jedes Druckverfahren, für jede Maschinenart und Papiergröße oder Abzug sind die Farben in Nonkollin und Farblich besonders eingeteilt; etwaige Ungleichheiten in Papier oder Abzug können durch Zulage ausgeglichen werden. Dieses Probeheft ist ein wertvolles Anschauungsmaterial für unse Druckerkollegen.

„Nemes und Julius auf dem Dorfe.“ Von Gottfried Keller. Mit einer Einleitung von Anna Fleming, die den Leser in das Schicksal zweier Schweizer Bauernkinder einführt, die dem gefell-schaftlichen Vorurteil trotzen. Schönmachvoll gebunden 12 Mk. Ver-lagsgenossenschaft Freiheit, G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

## Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239  
Büroadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

## Dritter Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 31. August 1921.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemein-schaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme ber-selben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis. Alfeld: Holborn, Gustav (Hermann F. Ahrens). — Bremen: Gessen, Wilhelm. — Bellinghen: Nelke, H., Wwe. (Karl Nelke). — Halle (Saale): Lammersdorf, Aug. — II. Kreis. Bochum i. W.: Becke, Bernhard (B. Becke). — Düsseldorf: Bruchhaus Düsseldorf (Hermann Schulz); Düsseldorf: Bruchhausbrüder, G. m. b. H. — Eberfeld: Schulze, O. B. — Köln-Mülheim: Aurb, Michael. — Langenberg (Rheinland): Forthoff, Aug. — Neuenrade: Kettler & Roh-mann. — III. Kreis. Schwabegg: Menberg, Jakob. — Frankfurt a. M.: Berovilligungsausschuss „Janus“, S. Freytag. — Mainz: Malte-mus, Franz. — Pflungstadt: Seltene, Jakob. — IV. Kreis. Annweiler (Pfalz): Wolff, August. — Kann-lad: Hanjandrucker (H. Sürle und Karl Würchwald); Kopp & Mohr. — Kirchheim-Heidelberg: Ladewig, Hermann. — Mannheim: Koch, Friedrich. — Sinsheim a. B.: Kerner, Heinrich. — V. Kreis. Amberg: Erhard, Karl; Gubermann, M. — Aschaff-en-burg: Buxler & Scheider. — VI. Kreis. Balleinfehl a. Saaz: Ralche, Gerhard. — VII. Kreis. Leipzig: Böttger & Co. (Günther Böttger); Schmidt, Oswald, G. m. b. H. — Plauen i. V.: Warenhaus Julius Zieg. — Schwarzenberg: Kubig, O. F. — Weinbittla: Börner & Co. Stempelabrikt. — Zwickau i. Sa.: Richter, Gustav (Karl Feine Nacht). — VIII. Kreis. Berlin: Agrafra-Berlin (Gaal Sprung); Che-mische Fabrik Max Gredemann; Curia & Co., G. m. b. H.; Dichter, Franz, vorm. Müll. Obermeier; Mierke & Mühlberg; Kerner, Ge-brüder; Ulrich, Fritz, G. m. b. H. — Ebersfeld: Holt, Georg. — Panthof: Köhler, Friedrich. — Wilmersdorf: Nestoroff, Alexander. — IX. Kreis. Guben (Schl.): Winter, Gustav. — X. Kreis. Kiel: Nibbing & Vogl. — Ludwigslust i. M.: Gaaud, Gotthold. — Neustrelitz i. M.: Wagner, Otto. — XI. Kreis. Frankfurt (Oder): Müller, Robert, vorm. Mib. Weib. — Pabes i. Pom.: Kienig, Hermann.

Aus dem Verzeichnisse der tarifreuen Buchdrucker-reien wurden gefolgende Firmen:

- Kreis IV. Buchdrucker Jean Fir in Speler a. Rh.
- Kreis V. Buchdrucker Georg Gensberger Nachf., Martin Frit in Alzenbach. — Buchdrucker Franz Claßen in Schwabmühl. — Buchdrucker Eium & Lamperl in Würz-burg.
- Kreis VII. Altschneiderei Max Mildner in Dresden.
- Kreis IX. Buchdrucker Arnold Urban in Mittelwalde (Schlehen).
- Kreis XI. Buchdrucker Paul Gerlen in Lauen-burg i. B. — Gullius Siegmann in Mittelwalde (Mark) und O. Weißlinger in Wriezen a. d. O.

## Bekanntmachung

Schiedsgericht betreffend  
Nachen. Prinzipalvorsitzender: Direktor Gustav Rebnisch, i. Fa. Nachener Verlags- und Druckereigesellschaft m. b. H., Nachen, Aureliusstraße 40.

## Preisverreter betreffend

Tarifkreis VI. (Prinzipalwahl.) Preisverreter M. Jäger, i. Fa. Gebauer-Schwelche Druckerei und Verlag, S. m. b. H., Halle a. d. S., Dr. Märkerstraße 10. — Stellvertreter: R. Jäh-seldt, i. Fa. M. J. Jähfeldt, S. Herriedt a. Saaz; S. Werth, i. Fa. Mäntche & Jahn, Rudolstadt. — Berlin, 3. Dezember 1921.

S. A.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.